19. Ist es ein Erfordernis für den strafbaren Versuch, daß das Objekt des Verbrechens zur Zeit der vorgenommenen Handlung von derselben hatte getroffen werden können?

St.G.B. §. 43.

I. Straffenat. Urth. v. 9. Juli 1888 g. R. Rep. 1495/88.

I. Landgericht Frankfurt a./M.

Gründe:

Der Angeklagte ist wegen versuchten Betruges verurteilt worden, weil er den Entschluß, in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen der zu gründenden eingetragenen Genossenschaft „Erster Frankfurter Hausverein“ dadurch zu beschädigen, daß er durch Vorspiegelung der falschen Thatsache, er habe den an diese Genossenschaft zu verkaufenden Bauplatz zum Preise von 3 M für den Quadratfuß angekauft, bei den Vertretern der zu errichtenden Genossenschaft einen Irrtum erzeuge, durch Handlungen bethätigt habe, welche einen Anfang der Ausführung des Vergehens des Betruges enthielten. Die thatsächliche Feststellung des Urtheiles ergibt, daß der Architekt S., die Witwe R. und der Zimmer-

mann G. eine eingetragene Genossenschaft unter der Firma „Erster Frankfurter Hausverein“ gründen und zu diesem Zwecke von der Stadt Frankfurt ein Grundstück ankaufen wollten. Dieselbe wollte sich jedoch in Unterhandlungen mit dem erst noch zu gründenden Hausvereine nicht einlassen, und es vereinbarte darum S. mit dem Angeklagten, daß derselbe das betreffende Grundstück für 2,50 *M* auf seinen Namen kaufen, dann aber dasselbe für diesen Preis sowie gegen ein Pauschquantum von 200 *M* für die Kosten und 1000 *M* Provision der Genossenschaft abtreten solle. Der Angeklagte kaufte auch zu diesem Preise das betreffende Grundstück, spiegelte jedoch nunmehr dem S., der Witwe R. und dem Zimmermann G. vor, es werde ein Kaufpreis von 3 *M* für den Quadratschuh desselben verlangt, und veranlaßte hierdurch diese Personen zu dem Abschlusse der Vereinbarung vom 30. Juli 1886, nach welcher er sich verbindlich machte, das Grundstück zu 3 *M* für den Quadratschuh sowie gegen ein Pauschquantum von 200 *M* für die Kosten und 1000 *M* Provision an den „Ersten Frankfurter Hausverein E. G.“, vorläufig vertreten durch die genannten Personen, zu verkaufen. Sein Wille war bei dieser Vereinbarung darauf gerichtet, die Genossenschaft, deren Gründung er bestimmt erwartete, zur Bezahlung des mit S., R. Witwe und G. vereinbarten Kaufpreises zu verpflichten.

Gegen die hiernach erfolgte Verurteilung des Angeklagten wegen versuchten Betruges wird von der Revision eingewendet, die, überhaupt nicht zur Gründung gelangte, Genossenschaft habe zu der Zeit der dem Angeklagten als einer betrügerischen zur Last gelegten Handlung noch nicht bestanden, und es könne darum derselbe auch nicht beabsichtigt haben, sie an ihrem Vermögen zu schädigen. Vielmehr sei sein Dolus bis zur wirklichen Gründung der Genossenschaft ein dergestalt suspendierter gewesen, daß, im Falle er der Genossenschaft den wahren Sachverhalt mitgeteilt hätte, sein Vergehen nicht mehr strafbar gewesen wäre.

Diese Einwendung ist jedoch nicht begründet. Daß zur Zeit der auf die Vollendung gerichteten Handlung das Objekt, an welchem sich dieselbe vollziehen soll, bereits vorhanden gewesen sein müsse, kann weder von der subjektiven noch auch von der objektiven Theorie des Versuches verlangt werden. Auch die objektive Theorie hat einen Versuch anzunehmen, im Falle etwa ein Brunnen vergiftet worden

war, damit ein Mensch, dessen Ankunft erst in einigen Tagen erwartet wurde, infolge des Genusses des Wassers sein Leben verlieren sollte. Allerdings existiert in diesem Falle bereits die Person, auf deren Leben es abgesehen war, während vorliegend die zu schädigende Person erst zur Existenz gelangen sollte. Allein auch im ersten Falle befand sich, wie in dem vorliegenden, die zu schädigende Person zur Zeit der Handlung noch außerhalb des Kreises der verbrecherischen Thätigkeit, und hierauf allein kann es in beiden Fällen für die rechtliche Beurteilung ankommen. Auch in dem vorliegenden Falle war der verbrecherische Wille bereits zu der Zeit der Vornahme der zu seiner Realisierung tauglichen Handlung geäußert worden. Anderenfalls würde, wenn dann nach Verlauf einiger Zeit der beabsichtigt gewesene Erfolg wirklich sich ergeben hätte, ein Wille, welchem derselbe zugerechnet werden könnte, überhaupt nicht vorhanden sein. Denn einen suspendierten Dolus, welcher erst nach vorgenommener Handlung mit dem Eintritte einer bisher noch ungewissen Thatsache zur Existenz gelangen könnte, giebt es nicht. Daß aber der Angeklagte die demnächstige Gründung der Genossenschaft mit Bestimmtheit erwartet und vorausgesetzt hatte, es werde dann die von ihm schon vorher bewerkstelligte Täuschung den von ihm beabsichtigten Erfolg herbeiführen, hat das Urteil ausgesprochen, und es war zu der von der Revision vermischten näheren Begründung dieser von ihm festgestellten Thatsache nicht verpflichtet.

Allerdings hätte sich der Angeklagte nach §. 46 Abs. 2 St.G.B.'s Straffreiheit für die von ihm ausgeführte Täuschung sichern können, aber durch eigene Thätigkeit hat er den Eintritt des zur Vollendung des Vergehens gehörigen Erfolges nicht abgewendet.

Auch nach anderen Richtungen läßt das Urteil einen Rechtsirrtum nicht erkennen. Zwar würde die gegründete Genossenschaft nicht genötigt gewesen sein, dem Angeklagten das Grundstück zu dem mit S., R. Witwe und G. vereinbarten Preise abzunehmen, und es war darum die Meinung des Angeklagten, daß er dieselbe durch diese Vereinbarung hierzu verpflichte, eine rechtlich unhaltbare. Immerhin kann jedoch in Anbetracht, daß die Gründung der Genossenschaft gerade von diesen Personen ausgehen sollte, die Täuschung derselben nicht als ein untaugliches Mittel zur Erreichung des erstrebten Erfolges bezeichnet werden. Überdies war die Täuschung, welche diesen Erfolg

vermitteln sollte, gelungen, und es liegt darum, da auch die Identität der getäuschten und beschädigten Person von §. 263 St.G.B.'s nicht verlangt wird, ein objektiver Anfang der Ausführung des Betruges vor. Einer Hinweisung darauf, daß nach der subjektiven Versuchstheorie selbstverständlich dem Angeklagten ein versuchter Betrug zur Last zu setzen ist, bedarf es sonach nicht.

Endlich war aber auch der von dem Angeklagten mittels Beschädigung des Vermögens der zu gründenden Genossenschaft erstrebte Vermögensvorteil ein rechtswidriger. Als Eigentümer des fraglichen Grundstückes durfte er freilich jeden beliebigen Kaufpreis für dasselbe verlangen. Aber er hatte, bevor er das Grundstück von der Stadt Frankfurt zu 2,50 *M* für den Quadratschuh ankaufte, mit S. verabredet, dasselbe zu diesem Preise der zu gründenden Genossenschaft abzutreten zu wollen. S. besaß, da er die Genossenschaft zu gründen beabsichtigte, ein Interesse an dem Vollzuge dieser Vereinbarung, und es war darum ihm gegenüber ein Vermögensvorteil, auf welchen der Angeklagte keinen Anspruch besaß, als er mittels Vorspiegelung der falschen Thatsache, der Verkäufer verlange einen höheren Kaufpreis, die bezeichnete Verabredung vom 30. Juli 1886 zum Abschlusse brachte, zu welcher sich S. und seine Genossen ohne diese Vorspiegelung nicht verstanden haben würden. Darauf kann es darum nicht ankommen, daß das bezeichnete Grundstück 3 *M* für den Quadratschuh wert gewesen sei.